

# Inhalt:

Auf ein Wort .....	2
30 Jahre IBS .....	2
Junge Lehrkräfte streiken .....	5
Stellungnahme Inklusion .....	5
Neue Lehrerausbildung .....	6
Neue Homepage .....	8

# Auf ein Wort

Der IBS feiert 30. Geburtstag



Martin Wagner, Vorsitzender

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,

Der IBS als größte und älteste Organisation zur Vertretung von Schulleitungsinteressen in Berlin feiert im August 2013 seinen 30. Geburtstag. Seit dieser Zeit vertreten der ehrenamtlich arbeitende Vorstand und die Mitglieder des unabhängigen Verbandes erfolgreich die Belange von Schulleitungen aller Schulformen auf allen Ebenen des Schulleitungshandelns.

Eine Würdigung der Geschichte des IBS durch unseren Ehrenvorsitzenden Michael Jurczok finden Sie in dieser Ausgabe.

Der IBS hat sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt, ein eigenständiges Berufsbild „Schulleitung“ zu etablieren und die Leitungszeit von Schulleiterinnen und Schulleitern sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern angemessen zu erhöhen. So konnten wir alle Berliner Schulen im März 2012 über eine erhebliche Ausweitung der Leitungszeit für die Konrektorinnen und Konrektoren der Grundschulen unterrichten. Zum Schuljahr 2013/2014 wird nun auch unsere Forderung eingelöst, die Leitungszeit für Konrektorinnen und Konrektoren der Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten analog zur Regelung für Grundschulen anzupassen.

Die Fortbildungen des IBS, unser Beitrag zur Qualifizierung von Führungs- und Nachwuchskräften, erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit. Wir laden Sie heute schon ein zur Informations- und Fortbildungsveranstaltung „Schule im Aufbruch“ am 26. September mit Frau Margret Rasfeld, Schulleiterin der Evangelischen Schule Berlin-Zentrum. Frau Rasfeld wird uns mit ihren Schülerinnen und Schülern eine neue Lernkultur der Potenzialentfaltung vorstellen. Anlass zur Auseinandersetzung gibt der Schulstreik der vergangenen Monate. Mich erreichte die E-Mail einer Gruppe angestellter Lehrkräfte, die am Streik teilgenommen hat. Da diese die Beweggründe für ihren Streik in der Presse verzerrt wiedergegeben sieht, hat sie ihre Sichtweise in anonymisierter und pointierter Weise zu Papier gebracht. Interessant ist, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen für ihren Protest nicht in erster Linie finanzielle Aspekte, sondern ausufernde Belastungen außerhalb des Unterrichts und fehlende Ressourcen nennen. Probleme also, die uns in der Schulleitung ebenfalls sehr vertraut sind.

Wir berichten in dieser Ausgabe außerdem über unsere Veranstaltung zur neuen Lehrerbildung und setzen uns mit den Empfehlungen des Beirats Inklusive Schule auseinander. Der Veränderung ist auch unser letzter Beitrag gewidmet. Wir rufen alle Mitglieder auf, an der Gestaltung unserer neuen Homepage kreativ mitzuwirken.

Erholungsurlaub und einen guten Start ins neue Schuljahr wünscht Ihnen

Martin Wagner  
Vorsitzender

## 30 Jahre IBS

So fing alles an

### *Ein Rückblick aus sehr persönlicher Sicht von Michael Jurczok, Ehrenvorsitzender*

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Mit diesem programmatischen Ausspruch in seiner Regierungserklärung von 1969 griff Willy Brandt Bestrebungen insbesondere der Studenten aus den 68er Jahren auf, Partizipation der Betroffenen an Entscheidungsprozessen zu erreichen. Aufbruchsstimmung breitete sich in Staat und Gesellschaft aus.

Das Berliner „Schulverfassungsgesetz“ von 1974 ordnete Beteiligungsrechte in der Schule neu und schuf eine Reihe von Mitbestimmungsgremien. War der Schulleiter bisher mehr oder weniger selbstverständlich und unangefochten Vorgesetzter in seiner Schule, so hieß es nun: „Der Schulleiter leitet die Schule auf kollegialer Grundlage nach ... den Beschlüssen der Gesamtkonferenz.“ Für die

in den darauf folgenden Jahren in die Schule kommende 68er Lehrer- generation hieß das nichts anderes als: Das Kollegium leitet die Schule. Ein Tauziehen begann in der Auseinandersetzung um die Frage, was Grundsatzentscheidung ist und damit Angelegenheit der Gesamtkonferenz, und was Detailentscheidung und damit in der Verantwortung des Schulleiters. Nicht selten nahm die Lehrerkonferenz für sich in Anspruch, die Ordinariatsverteilung zu beschließen oder Regelungen für freie Tage für Teilzeitbeschäftigte. GEW-Schulgruppen bereiteten sich konspirativ auf Konferenzen vor und nahmen oft genug dem Schulleiter das Heft aus der Hand.

Selbst erfahrene und gestandene Schulleiter gerieten in Verzweiflung wegen der Obstruktion von Kollegien und Lehrkräften. Und die um Unterstützung angerufene Schulaufsicht war oft genug hilflos und feige.

Die GEW Berlin rückte den Schulleiter in die Rolle des Arbeitgebers und damit in die eines Gegners der Lehrkräfte. Bezeichnenderweise gab es seit 1977, dem Beginn der vier Jahre dauernden Spaltung der GEW Berlin, keinen Schulleiter mehr an der Spitze der Lehrgewerkschaft.

Schulleiter sahen sich plötzlich in der Lehrgewerkschaft ausgegrenzt und nicht mehr repräsentiert. Nicht nur in Berlin fühlten sich die Schulleiter allein gelassen. Anfang der 80er Jahre gründeten Schulleiter die ersten Verbände in Bayern, Hessen, Hamburg und Niedersachsen. In Berlin bereitete der Gesamtschuldirektor a. D. Helmut Meyer die Gründung eines Schulleiterverbandes vor.

Auch für die Konrektoren gab es einen Anlass, sich zu solidarisieren. Die Senatsschulverwaltung legte für diese Gruppe plötzlich einen Aufgabenkatalog fest, ohne entsprechende Entlastungsstunden vorzusehen. Eine Gruppe von Spandauer Konrektoren hatte sich schon 1980 in einem Protestbrief an den Schulsenator gewandt.

Zur Gründungsversammlung am 15. August 1983 waren über 70 Teilnehmer in der Gaststätte Wienerwald am Lietzensee erschienen. 31 Gründungsmitglieder beschlossen die Satzung des neuen Verbandes und gaben ihm den Namen „Interessenvertretung Berliner Schulleiter (IBS)“. Zum Vorsitzenden wurde Heiko Klingebiel, Realschulleiter in Charlottenburg, gewählt. Unter den weiteren Vorstandsmitgliedern waren Hans Zucker als 2. Vorsitzender, Bärbel Thiering und Horst Hanke. Helmut Meyer übernahm die Geschäftsführung. Doch schon im Herbst 1983 verstarb Klingebiel nach Herzinfarkt, und Zucker übernahm den Vorsitz. Als dieser nach kurzer Zeit in die Schulaufsicht wechselte, wählte die MV im November 1984 Meyer zum Vorsitzenden und Michael Jurczok zum Vertreter. Nachdem Meyer am 11.08.1985 nach schwerer Krankheit verstarb, wurden auf der MV im November 1985 zum Vorsitzenden Jurczok und zur 2. Vorsitzenden Thiering gewählt. - Erst mit der Wiedervereinigung fanden erneut wesentliche Veränderungen im Vorstand statt. Im Mai 1995 wurden aus dem Osten Berlins die ersten Mitglieder in den Vorstand aufgenommen, darunter Heike Körnig. Den Vorsitz übernahmen im Februar 1999 Heinz Winkler,

im April 2009 Harald Kuhn und im Februar 2013 Martin Wagner.

Bereits in der zweiten MV standen die Konrektoren im Mittelpunkt der Beratungen. Gefordert wurde eine gegenüber den Lehrkräften um 8 Stunden, bei Zweiten Konrektoren um 4 Stunden verringerte Pflichtstundenzahl. Diese Forderung wurde der Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien in der zweiten MV am 13.02.1984 vorgelegt. Forderungen nach Altersermäßigung auch für Schulleiter, Erhöhung der „Ermäßigungsstunden“, Schulleiterfortbildung und Klarstellung von Streitpunkten bei der Anwendung des Schulverfassungsgesetzes waren weitere Forderungen.

Fortbildung für Schulleiter beschränkte sich damals auf einen Kurs in der Verwaltungsakademie, im Wesentlichen mit dem Thema Schulrecht. Schon im 1. Halbjahr 1985 begann der IBS mit einer „Arbeitsgemeinschaft für Schulleiter“ im Rahmen der Lehrer- Fort- und Weiterbildung der Senatsverwaltung für Schulwesen. Das Konzept der Veranstaltung unter der Leitung von Helmut Meyer, später Michael Jurczok, war anfangs Erfahrungsaustausch älterer mit jüngeren Schulleitern, bald aber eine umfassende Einführung in die Leitung einer Schule. Von 1997 an wurde die Schulleiterfortbildung des IBS von Eberhard Ramfeldt auf eine breite konzeptionelle Grundlage gestellt und ist zunehmend, seit 2011 geleitet von Uwe Lutz, zu einem Markenzeichen unseres Verbandes geworden.

Eine Auseinandersetzung mit der Spitze des Schulsenats verdient, wegen ihrer grotesken Details in Erinnerung gerufen zu werden. Im Momper-Senat 1989/90 rückte die GEW-Spitze in die Schulverwaltung: Sybille Volkholz, 2. Vorsitzende der GEW, wurde Schulsenatorin, Boris Fahlbusch, bisher GEW-Vorsitzender, ihr Staatssekretär. Die schon vom Vorgänger-Senat vorbereitete und lange erwartete Arbeitszeitverkürzung für Lehrer um eine Pflichtstunde sollte endlich beschlossen werden. Die volle dafür notwendige Stellenzahl konnte nicht finanziert werden, daher wurden u. a. die Schulleiter von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen, indem die „Ermäßigungsstunden“ um eine Stunde gekürzt wurden. Gegenüber der Presse und auch dem IBS-Vorsitzenden leugnete Fahlbusch jedoch und vernebelte: Der Grundwert habe sich doch ermäßigt. Die Maßnahme stieß auf schärfsten Protest bei den Betroffenen. Der IBS-Vorstand organisierte kurzfristig eine Protestveranstaltung, zu der 80 Schulleiter erschienen und die in der Presse Beachtung fand. - 1992 wurde die Änderung von Senator Jürgen Klemann zurückgenommen.

1991 lud der IBS zum ersten Mal alle Berliner Schulleiter und Stellvertreter zur ersten Herbsttagung ein. Von Anfang an war die Herbsttagung nicht als Verbandstagung konzipiert, sondern als Fortbildung und Basis der Kommunikation unter den Berliner Schulleitern. Als solche wurde sie auch angenommen und ist weiter die einzige Veranstaltung dieser Art in Berlin. Mit den Themen war der Verband immer nahe an der aktuellen pädagogischen und schulpolitischen Diskussion, z. B.:

- 1991: „Pädagogisch Führen, Münch (Altenstadt), Bessoth (Landau);
- 1992: „Schulentwicklung durch Schulleitung“, Rolff (Dortmund);
- 1993: „Autonome Schule - ein neues Verhältnis zwischen Schulleitung und Schulaufsicht“, Liket (Niederlande), Hübner (Berlin);
- 1997: „Schulleiter - Pädagoge oder Manager“, Rosenbusch (Bamberg).

Nach wie vor sind die Herbsttagungen ein Aushängeschild des IBS.

Von Anfang an arbeiteten Vertreter des IBS maßgeblich im ASD (damals noch „Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands“) mit. Auf Initiative des Bayerischen Schulleiterverbandes (Siegfried Frick) stand die eigene Rolle als Schulleiter in den ersten Jahren im Vordergrund der Diskussion. Im Februar 1986 war ein Tagesordnungspunkt der MV des IBS: „Schulleiter - Verwalter, Manager oder pädagogischer Motor?“ Auf der Tagung des ASD im Frühjahr 1989 in Berlin wurde die „Berliner Erklärung“ veröffentlicht, in der die pädagogische Führungsrolle des Schulleiters an die erste Stelle gerückt wurde. In den folgenden Jahren

erfolgte in einer ASD-Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Jurczok und Winkler die Erarbeitung der Dokumentation „Schulleitung in Deutschland“, die im Frühjahr 1994 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ausgehend von den realen Gegebenheiten wurde der Tätigkeitsbereich des Schulleiters einer eingehenden Analyse unterzogen und die Verantwortungsbereiche Gestaltung, Hierarchie und Verwaltung gegliedert. Die begrenzte Einflussnahme der Schulbürokratie auf den „sozialen Organismus“ Schule wurde konstatiert und in Übereinstimmung mit einschlägigen Forschungsergebnissen (Rolff, Rosenbusch) nicht nur eine größere Selbständigkeit der Schule gefordert, sondern auch eine stärkere Stellung des Schulleiters, verbunden mit einem größeren Zeitbudget zur Erfüllung seiner Aufgaben. Zunehmend konnten auch die politischen Entscheidungsträger von dieser Perspektive überzeugt werden. Betrachtet man die weitgreifenden Änderungen der letzten Jahre, besonders auch in Berlin, kann man mit Fug und Recht von einem Meilenstein in der Geschichte der Schulleitung sprechen, an dem der IBS beteiligt war.

## In eigener Sache

- Bekommen Sie monatlich unseren IBS-Mitgliederbrief?
- Nein? Teilen Sie uns Ihre E-Mail-Adresse mit!
- Sind Sie umgezogen?
- Haben Sie eine neue Kontonummer?
- Hat sich Ihre Dienststelle bzw. Dienstbezeichnung geändert?
- Sind Sie in den Ruhestand gegangen?

[service@ibs-verband.de](mailto:service@ibs-verband.de)

Teilen Sie uns bitte die Änderungen mit.  
Nur so ist unsere Datenbank aktuell und wir erreichen Sie!

Helmut Kohlmeyer  
IBS Geschäftsführer

## Vorbemerkung

Der Schulstreik angestellter Lehrkräfte hat in den vergangenen Monaten für erhebliche Unruhe an den Berliner Schulen gesorgt. In der Presse wurden meist die Verbeamtung und die finanzielle Gleichstellung mit beamteten Lehrkräften als Forderungen dieses Personenkreises herausgestellt. Der folgende Beitrag zeigt eine

andere Fokussierung, weshalb wir ihn in anonymisierter Form zur Diskussion stellen.

Martin Wagner, Vorsitzender

# Junge Lehrkräfte streiken

Damit Schule wieder Spaß macht

## *Ein Beitrag angestellter junger Kolleginnen und Kollegen zum Streik der vergangenen Monate an den Berliner Schulen*

Es bedarf keiner langjährigen Berufserfahrung, um zu erkennen, dass sich der Alltag einer Lehrkraft in Berlin in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess befindet. Die außerunterrichtliche Belastung nimmt an Umfang und Komplexität deutlich zu. Statistiken müssen ausgefüllt, Wandertage und Projektstage geplant, Präsentationsprüfungen vorbereitet, Elternabende organisiert und zusätzliche Nachprüfungen durchgeführt werden. Hinzu kommen diverse extern initiierte Vergleichsarbeiten in allen Mittelstufenklassen. Wir fragen uns: Warum führen wir LAL, Vera 8 und MSA durch, wenn unser Arbeitsaufwand in keinem Verhältnis dazu steht, welchen Nutzen wir aus den Ergebnissen für unsere weitere unterrichtliche Tätigkeit ziehen können? Unterrichtszeit geht verloren, Korrekturzeit geht verloren, Kräfte gehen verloren. Wir möchten zurückkehren zur Arbeit mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und unseren Kolleginnen und Kollegen. Gerade für die Kommunikation zwischen Kolleginnen und Kollegen bleibt meist nur die halbe Minute zwischen Kopieren am nicht funktionierenden Kopierer und dem nächsten Telefonat mit Eltern, Jugendamt oder Polizei. Ansätze zur Verbesserung der Situation sind da. Computer werden angeschafft, Smartboards verzie-

ren die Wände und füllen diverse Statistiken. Aber die anvisierten Erfolge dieser Anschaffungen verpuffen aufgrund fehlender personeller Ressourcen. Eine einzige Stelle zur Wartung und Pflege des IT-Bereiches würde 70 Lehrkräften die Arbeit erleichtern. Die Gelder, die für Hochglanzbroschüren ausgegeben wurden, werden dringend an anderen Stellen gebraucht. Hinzu kommt die fehlende finanzielle Gerechtigkeit im Lehrerzimmer der eigenen Schule, vor allem aber im Bundesvergleich. Berlin schafft für motivierte, junge Lehrkräfte keine attraktiven Rahmenbedingungen. Höhere Unterrichtsverpflichtung und geringere Bezahlung im Vergleich zu anderen Bundesländern lassen sich nicht mehr durch geringere Lebenshaltungskosten rechtfertigen. Was bleibt, ist der Eindruck geringerer Wertschätzung für höhere Arbeitsbelastung. Für die Sicherung der Zukunft der Berliner Schulen muss sich in diesen Bereichen etwas ändern, damit Schule wieder Spaß macht. Darum streiken wir.

Engagierte junge Lehrkräfte in Berlin

# Stellungnahme Inklusion

Stellungnahme des IBS zu den Empfehlungen des Beirats Inklusive Schule 2013

In einem offenen Brief an Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat der IBS seine Überlegungen zur inklusiven Schule und den sich daraus ergebenden Forderungen dargelegt. Den Wortlaut finden Sie auf unserer Homepage.

Wir begrüßen die Empfehlung zur verlässlichen Grundausstattung, ebenso unterstützen wir die Vorschläge zur Vernetzung und Kooperation von Schulen mit anderen Einrichtungen.

Einige Empfehlungen sehen wir jedoch kritisch und stellen diese zur Diskussion:

Aufgrund defizitärer Raumsituationen wie auch unzureichender personeller und sächlicher Ressourcen an vielen Berliner Schulen sollte der Aufnahmevorbehalt des § 37.3 des Berliner

Schulgesetzes für eine Übergangsphase seine Rechtswirksamkeit behalten, bis die Inklusion in der Berliner Schule nachhaltig implementiert ist. Wir halten es für notwendig, dass die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in der Verantwortung der Schulleitung liegt und im Einvernehmen mit allen beteiligten Institutionen und Behörden sowie den Eltern erfolgt. (Empfehlung 1)

Um gezielt fördern zu können, ist eine Feststellungsdiagnostik auch für die Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Emotional-soziale Entwicklung“ (LES) weiterhin notwendig. Wir halten es jedoch für angemessen, Förderstunden im Bereich LES nicht nach diagnostiziertem Förderbedarf pro Schule zu vergeben, sondern im Rahmen einer verläss-

lichen Grundausstattung. Eine Übergangsphase wird auch hier erforderlich sein. (Empfehlung 2)

Eine Integration aller vorhandenen Rahmenlehrpläne in einen gemeinsamen Rahmenlehrplan ist auch aus unserer Sicht erforderlich. Parallel dazu müssen jedoch die Aufgaben und die Arbeitszeit für die Lehrkräfte neu definiert werden. (Empfehlung 3)

Die Einrichtung von inklusiven Beratungs- und Unterstützungszentren ist im Grundsatz zu begrüßen. Es darf allerdings nicht dazu kommen, dass dies zulasten der Schwerpunktschulen geschieht, um Kosten einzusparen. Insbesondere die geplanten „Fahrdienste“ und „Ausleihstationen“ zeigen genau in diese Richtung. (Empfehlung 4)

Die Empfehlung, in jeder Schule ein Zentrum für Inklusion einzurichten, sehen wir als Eingriff in die Handlungskompetenz der selbstständigen Schule nach dem Berliner Schulgesetz an. Wie die Inklusion strategisch und operativ umgesetzt wird, müssen die Schulen vor Ort selbst entscheiden. Gegen die Einrichtung eines „Zentrums“ für entsprechende Planungs- und Gestaltungsaufgaben haben wir keine Einwände, wenn dieses mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet wird, damit permanente Überlastungsszenarien vermieden werden. (Empfehlung 5)

Auch den derzeitigen Sonderschulen sollte die Möglichkeit zur Gründung von Schwerpunktschulen ausdrücklich eingeräumt werden. (Empfehlung 6)

Bezüglich der Definition der personellen, baulichen, sächlichen und organisatorischen Standards erwarten wir die frühzeitige Beteiligung der Schulleitungsverbände, die mit ihrer fundierten Beratungskompetenz diesen komplexen Prozess konstruktiv begleiten können. (Empfehlung 7)

Die hier nur sehr allgemein angesprochenen Regelungen für die Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten LES müssen frühzeitig definiert werden, da sie ein wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzeptes sind. (Empfehlungen 8 - 10)

Der vom Beirat definierte Umfang der Grundausstattung orientiert sich am bisherigen Gesamtvolumen der sonderpädagogischen Förderung und formuliert damit Mindeststandards. Es steht zu

bezweifeln, dass diese Mittel für das anspruchsvolle Ziel Inklusion ausreichend sind. Eine zeitnahe Evaluation sollte den tatsächlichen Bedarf zuverlässig ermitteln. (Empfehlung 12)

Wir unterstützen die Forderung des Beirats, zusätzlich zu einer verlässlichen Grundausstattung eine mindestens zehnpromtente Ausstattungsreserve der gesamten sonderpädagogischen Ressourcen vorzuhalten. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass alle Schulen über ausreichende Vertretungsressourcen verfügen und die sonderpädagogischen Ressourcen nicht zur Abdeckung von Unterrichtsvertretung eingesetzt werden. (Empfehlung 13)

Das vom Beirat geforderte Gesamtkonzept zur Inklusion im Bereich der beruflichen Bildung findet unsere Zustimmung ebenso wie Überlegungen zur Durchsetzung der Berufsschulpflicht für alle Jugendlichen mit Behinderungen. (Empfehlung 15)

Wie bereits bei den Gemeinschaftsschulen praktiziert, sollten alle Schulen einen eigenen Etat für die schulinterne Fortbildung zur eigenverantwortlichen Verwendung zugewiesen bekommen. (Empfehlung 17)

Der Erfolg inklusiver Beschulung hängt wesentlich von gut qualifizierter und verlässlicher Assistenz ab, wie sie vom Beirat gefordert wird. Das zusätzliche Personal muss sich zwingend an den Erfordernissen der Einzelschule orientieren. Sozialpädagogen sollten an jeder Schule zu einer verlässlichen Grundausstattung gehören. (Empfehlung 18)

Zusammenfassend möchten wir hervorheben, dass wir mit vielen Überlegungen des Beirats Inklusive Schule konform gehen, auch in den weiterführenden Hinweisen. Wir halten es für zwingend notwendig, die Grundausstattung der inklusiven Schulen sowie die künftigen Regularien zu konkretisieren. Wenn wir uns der Vielfalt und Komplexität einer inklusiven Schule stellen wollen, müssen wir bereit sein, die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Inklusion bedeutet letztlich, jeder Schülerin und jedem Schüler adäquat gerecht werden zu können.

## Neue Lehrerausbildung

Der reformierte Vorbereitungsdienst in Berlin

Auf einer Informationsveranstaltung des IBS zur Fragestellung „qualitativ hochwertige Neuausrichtung oder modularer Qualitätsverlust?“ stellten Dr. Bernd Oehmig und Dr. Sabine Wunderlich vom 1. und 3. Schulpraktischen Seminar Treptow-Köpenick im Mai 2013 die Eckpunkte der neuen Lehrerbildung vor. Der Folienvortrag ist auf unserer Homepage abrufbar.

Wesentliches Merkmal der Lehrerausbildungs- und -prüfungsordnung (LAPO), die seit Februar 2012 zur Anwendung kommt, ist die modulare Ausbildung im allgemeinen Seminar. Hier werden die beiden Module „Unterrichten“ und „Erziehen und Innovieren“ angeboten, die aus diversen Modulbausteinen als Pflicht- und Wahlbereiche bestehen. Die Inhalte jedes Modulbausteins sind sehr kom-



primiert, innerhalb von jeweils zehn Stunden sind nur Teilaspekte vermittelbar. Die zukünftigen Lehrkräfte können frei entscheiden, in welcher Reihenfolge und in welchem Seminar sie ihre Belegverpflichtung absolvieren wollen. Das Angebot stellen die jeweiligen Seminare zur Ansicht auf ihre Homepage. Diese Flexibilisierung hat zur Folge, dass die Seminargruppen meist in anderer Zusammensetzung tagen. Der Austausch mit der eigenen Seminarleitung und der eigenen Seminargruppe wird auf diese Weise deutlich erschwert. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass Unterrichtsbesuche zwar von den Fachseminarleitungen, nicht aber von den allgemeinen Seminarleitungen vorgesehen sind. Neu ist auch, dass zwei Modulprüfungen schon während der Ausbildungszeit zu absolvieren sind, die schriftliche Hausarbeit und die mündliche Prüfung am Examenstag entfallen. Dieses Verfahren bedeutet zwar für die Seminarleitungen einen erheblichen Mehraufwand, der Prüfungstag im Examen entspannt sich jedoch deutlich, weil nur die beiden Examenstunden gezeigt und der Unterricht reflektiert wird. Besonders kritisch ist die berufsbegleitende Ausbildung zu sehen, weil die Quereinsteiger eine Unterrichtsverpflichtung von 19 Stunden haben und nur wenig Zeit für ihre Ausbildung bleibt.



## Bitte vormerken

Der IBS (Interessenverband Berliner Schulleitungen e. V.) lädt ein zur Fortbildungsveranstaltung

### Schule im Aufbruch – Eine Lernkultur der Potenzialentfaltung

**ZEIT:**

Donnerstag, 26. September 2013,  
09.00 Uhr – 12.30 Uhr

**ORT:**

Schule in der Köllnischen Heide  
Hänselstraße 6, 12057 Berlin  
(nahe S-Bahnhof Köllnische Heide)

**REFERENTIN:**

Margret Rasfeld, Schulleiterin der Evangelischen Schule Berlin-Zentrum, mit Schülerinnen und Schülern ihrer Schule

Bitte melden Sie sich online auf unserer Homepage an.  
Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen!

[www.ibs-verband.de](http://www.ibs-verband.de)



# Neue Homepage

Aufruf an die Mitglieder zur aktiven Mitgestaltung

Im April 2013 hat der Vorstand eine Modernisierung der Homepage unseres Verbandes beschlossen. Mehr als bisher soll sie als aussagekräftige Visitenkarte des IBS für Außenstehende und als Mittel der Kommunikation zwischen Vorstand und Mitgliedern sowie als Informationsquelle dienen. Die rasante technische Entwicklung eröffnet uns interessante Möglichkeiten der Neugestaltung. Erste Vorschläge haben die Vorstandsmitglieder bereits diskutiert.

Damit die neue IBS-Homepage auch Ihren Vorstellungen entspricht, senden Sie uns bitte Ihre Ideen an:

[service@ibs-verband.de](mailto:service@ibs-verband.de)

Wir freuen uns auf Ihre kreativen Anregungen!

So könnte beispielsweise die Startseite unserer Homepage aussehen:

